
Gegen die politische Enthaltensamkeit der Gewerkschaften

Gespräch mit Walter Dirks über christlichen
Sozialismus, politische Parteien, katholische
Kirche und Gewerkschaften*

Walter Dirks, geb. 1901 in Horde bei Dortmund, von 1924 bis 1934 Journalist bei der Rhein-Mainischen-Volkszeitung, von 1934 bis 1944 bei der Frankfurter Zeitung, 1946 bis 1984 Herausgeber der Frankfurter Hefte, 1956 bis 1967 Leiter der Hauptabteilung Kultur beim WDR, lebt heute in Wittnau bei Freiburg.

Frage: War es Ihr ursprünglicher Wille 1945 als Mitbegründer einer christlichen Partei in Erscheinung zu treten?

Antwort: Man muß sich vor Augen halten, daß die Kommunen damals durch die amerikanische Besatzungspolitik isoliert waren. Es gab keine Telefonverbindungen und keinen Reiseverkehr. Die Amerikaner hatten sehr schematische Vorstellungen von der Organisation des öffentlichen Lebens. So besetzten sie den (Frankfurter) Bürgerrat mit 12 Kommunisten, 12 Sozialdemokraten, 12 Katholiken und 12 Protestanten. Ich gehörte als Mitglied der katholischen Fraktion zum Bürgerrat. Am 29. Mai 1945 schlug ich in einer Sitzung von Antifaschisten die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei vor. Ein von mir ausgearbeitetes 12 Punkte-Programm scheiterte an der Restauration der linken Parteien. Kommunisten und Sozialdemokraten wollten weiter machen wie vor 1933; ihnen ging es vor allem um die Restauration ihrer Parteiapparate. Eine Diskussion darüber, wie der Sozialismus als gemeinsames Ergebnis unserer unterschiedlichen Tradition aussehen könnte, blieb aus. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen gründeten wir in Frankfurt aus Verzweiflung über das Versagen der beiden klassischen sozialistischen Parteien die CDU als die dritte sozialistische Partei. Ich nannte sie die des „umwegigen Sozialismus“.

Was haben Sie damals unter diesem Konzept verstanden?

Wir nannten diesen Sozialismus „umwegig“, weil er ohne die historischen Wurzeln der Arbeiterbewegung aus neuen Einsichten der geschichtlichen Stunde konzipiert werden mußte. Indem wir an das christliche Sozialmotiv anknüpften, wollten wir Schichten, die keine sozialistische Vergangenheit hatten, als dritte Kraft für den demokratischen Sozialismus gewinnen.

* Auszug aus einem Gespräch, das Wolfgang Schröder in Wittnau führte.

Mir scheint, daß Ihre Forderung eines Bündnisses von Christen und Arbeitern mit zwei Defiziten verbunden ist. Eines scheint mir darin zu bestehen, daß Sie keine soziologisch-politische Analyse dieser beiden Gruppen und ihrer institutionellen Ausformungen (Kirche und Gewerkschaften) vorgenommen haben. Ein weiteres, daß diese beiden Gruppen nur schwer vergleichbar sind.

Nicht schwer vergleichbar, sondern unvergleichbar sind sie in der Tat. Aber uns schien es, daß die Arbeiter und die Christen in je sehr spezifischer Weise beide entscheidend waren. Keine politische Lösung setzt beim Nullpunkt an, sondern immer bei Kräften, die gegeben sind und sich verändern können. In der damaligen gesellschaftlichen Realität konnte man keine gute Lösung durchsetzen, wenn man auf die christliche Motivation verzichtete. Das linksbürgerliche Element, von der Französischen Revolution herkommend, haben wir damals weniger vor Augen gehabt. Ich meine, daß die Orientierung an einem Bündnis von linkem Bürgertum, linken Christen und linken Arbeitern immer noch und gerade jetzt wieder aktuell ist.

Wie erklären Sie es sich, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch im Katholizismus eine gewisse Akzeptanz für sozialistische Vorstellungen existierte?

Nach der Befreiung vom Faschismus, die in Deutschland doch überwiegend als Zusammenbruch erlebt wurde, herrschte breite Übereinstimmung darüber, daß nun ein radikaler Neubeginn kommen mußte. Und das bedeutete in den Augen auch vieler Katholiken, daß ein kapitalistischer Wiederaufbau ausgeschlossen war. Aber aus dieser Erkenntnis ist dann keine wirklich sozialistische Konzeption entstanden, die verschiedenen „christlichen Sozialismen“ dieser Jahre waren weder theoretisch noch historisch fundiert.

Worin besteht der zentrale Unterschied zwischen dem von Ihnen erarbeiteten Konzept eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und einem „Christlichen Sozialismus“, etwa in der Fassung von Eberhard Welty?

Weltys Konzeption war noch stark von der katholischen Naturrechtslehre seit Leo XIII. geprägt, also von Grund auf „unpolitisch“, vor allem aber ungeschichtlich. Für Leute wie ihn war „Sozialismus“ ein sozialetisches Programm ohne Bezug auf eine in Klassenkämpfen gewachsene Bewegung. Deshalb nahmen sie auch den Marxismus nicht auf, ja, ihr Programm läßt sich sogar als der Versuch begreifen, den Begriff „Sozialismus“ antimarxistisch zu besetzen.

Gab es Gespräche in denen Sie mit Welty und seinen Anhängern diese Probleme besprochen haben?

Ja, es gab Gespräche, unter anderem in Frankfurt und Walberberg, und ich erinnere mich gern daran. Aber die Differenzen kamen dann doch stärker zum Vorschein, und die Diskussion hörte irgendwann auf. Für die Erhard-Linie der späteren CDU kann man Welty und die Leute um ihn jedoch nicht verantwortlich machen.

Sehen Sie eine Parallele zwischen der Aufnahme des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg und der Sozialismus-Konjunktur im deutschen Katholizismus nach dem Ersten Weltkrieg?

Ja, aber mit einer Phasenverschiebung war jene Konjunktur nach dem Ersten Weltkrieg wirklich eine Sozialismus-Konjunktur. Da fällt mir eine nette Begebenheit ein. Wir linken Frankfurter Katholiken gingen um 1924 zu einem ganz wichtigen Zentrumsmann, dem Grafen Matuschka von Greiffenklau im Rheingau. Friedrich Dessauer, der Reichtagsabgeordneter für den Wahlkreis Rheingau war, Heinrich Scharp und ich waren bei diesem Besuch dabei. Wir saßen auf der Terrasse, tranken einen wunderbaren 21er und versuchten diesem katholischen Zentrumsgrafen klarzumachen, daß jetzt die Zeit für die demokratische Republik gekommen sei. Als meine Freunde und ich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder dort zusammenkamen, wiederholte sich diese Szene. Diesmal gab es allerdings keinen 21er, sondern einen 43er. Wir versuchten ihm nun klarzumachen, daß die Periode der bürgerlichen Republik zu Ende sei und wir als Katholiken jetzt für eine sozialistische Gesellschaft eintreten müßten.

Warum sind Sie 1946 schon wieder von der aktiven Mitarbeit in der CDU zurückgetreten?

Im Grunde, weil die von uns mitgegründete CDU uns nicht mehr paßte. Aber hinzukam, daß ich nicht gerne kämpfe, ich schreibe lieber. Formell begründete ich das so: Als Journalist glaubte ich Distanz zu den unmittelbaren Machtfaktoren halten zu müssen. Ich fühlte mich den Gruppen verpflichtet, von denen ich hoffte, daß sie produktiv sind für den Aufbau der deutschen Gesellschaft.

War mit dem Ausscheiden aus dem aktiven politischen Leben gleichzeitig auch das Eingeständnis der Niederlage der Konzeption des „umwegigen Sozialismus“ verbunden?

Ja, wir waren wieder einmal gescheitert. Wie wir als Linke unter den Linken vor 1933 den Faschismus nicht verhindern konnten, so nun als Linke unter den Linken nicht die Restauration.

Wie war das Verhältnis der Linkskatholiken zur SPD?

Uns schien es, daß die SPD immer geschwankt hat, mit wem sie paktieren sollte. Mit den Linkskatholiken, die ihr nahestanden, oder mit den Bischöfen, die politisch viel wichtiger waren. Es ging immer hin und her. In Perioden, wo sie auf uns setzten, gab es sogar offizielle Kontakte zwischen den Walberbergern, dem Bundesvorstand der Partei und uns. Aber nach einiger Zeit flaute die Gesprächsbereitschaft der SPD wieder ab, und sie verhandelten mit dem „katholischen Büro“ in Bonn.

Warum nahmen in Ihren politischen Neuordnungsvorstellungen die Parteien viel mehr Raum ein als die Gewerkschaften?

Immerhin sind wir entschieden für die Einheitsgewerkschaft eingetreten. Mit den Parteien aber ist unmittelbar die Machtfrage verbunden, und Träger der parlamentarisch-politischen Macht sind eben die Parteien. Es war uns klar, daß die politische Macht der Parteien von unten getragen werden muß. Hierbei spielt der Betrieb eine wichtige Rolle. Unser Defizit sehe ich aber darin, daß wir nicht differenzierter über die Organisation des Betriebs nachgedacht haben. Wir waren vom Rätegedanken inspiriert. Wir wollten den föderativen Grundgedanken auf Arbeitsverfassung und Wirtschaftsdemokratie angewandt wissen. Dabei stand in der Tat nicht speziell der Betrieb im Vordergrund, sondern die Arbeiterschaft als Träger von Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie.

Gab es direkte Kontakte zur Arbeiterschaft und ihren Organisationen, um auf die dort stattfindenden Entscheidungen Einfluß zu nehmen?

Sie weisen da auf einen wunden Punkt hin. Diese Organisationen waren mir zwar wichtig, ich hatte aber doch wenig Verbindung zu ihnen. Vielleicht muß ich in diesem Zusammenhang eine Art „deformation professionelle“ eingestehen. Mir ist dieses Defizit einmal klar geworden, als ich in einem Brief von Einstein an Nelson las, es genüge nicht, die Einheitsfront gegen Hitler zu fordern. Die Intellektuellen müßten zu Thälmann gehen, müßten zu Wels gehen; müßten mit diesen reden. Das haben wir jedoch nicht geschafft. Wir haben nur gemeint: „Wir sind Journalisten, wir schreiben das eben“. Aber wir haben nichts getan, um Marxisten und Christen zusammenzubringen. Wieweit muß ich mich anklagen? Wieweit kann ich mich auf dieses journalistische Berufsverständnis berufen?

Viele jüngere Linkskatholiken, die stärker in der praktischen Arbeit zum Beispiel in den Gewerkschaften steckten, wollten Sie für die Unterstützung dieser Arbeit gewinnen. In einem Brief an ein Mitglied der linkskatholischen Gruppe „Ende und Anfang“ schrieben Sie: „Die Frankfurter Hefte dürfen darüber nicht kaputtgehen. Und ich bin Schreiber und Debattierer, nicht Organisator und Sprecher“. Inwieweit befürchteten Sie durch ein stärkeres politisches Engagement Ihrerseits Probleme für die Existenz der „Frankfurter Hefte“?

Es war wohl nicht die Sorge, die Zeitschrift werde sich ohne Anpassung nicht halten können, als wiederum die Beschränkung unserer Kräfte. Es war bereits mehr als ein Fulltime-Job, die „Frankfurter Hefte“ regelmäßig herauszubringen.

Hat der Wahlausgang von 1949 bei den „Frankfurter Heften“ zu einer politischen Akzentverschiebung geführt, in dem die Hoffnungen nun stärker auf die Gewerkschaften gerichtet wurden?

Ja. Schon vor der Bundestagswahl hat insbesondere Eugen Kogon den Kontakt zu den Gewerkschaften gesucht. Er dachte stärker als ich an organisatorische Kategorien. Während ich mich auf Bewußtseinsänderung konzen-

trierte, ist Eugen Kogon zu den Repräsentanten der Gewerkschaften gegangen. So versuchte jeder von uns auf seine Weise, einen Beitrag zur politischen Kultur zu leisten.

Wer gehörte in der Adenauer-Ära zu den Linkskatholiken?

Im publizistischen Bereich sind zu nennen: „Ende und Anfang“, „Frankfurter Hefte“, „Werkhefte junger Katholiken“, „Glaube und Vernunft“, „Michael“. Neben den Gruppen, die sich um diese Zeitschriften bildeten, fallen mir noch linke Kreise in der katholischen Jugend ein.

Wie stark waren die Kontakte des Kreises um die „Frankfurter Hefte“ in den offiziellen Verbandskatholizismus hinein?

Ich habe mich vom offiziellen Verbandskatholizismus bereits sehr früh distanziert. Was die Möglichkeiten progressiver Veränderungen betrifft, habe ich mit der Katholischen Soziallehre und dem Verbandskatholizismus kaum noch gerechnet, schon weil ich starke Elemente vom Marxismus in mein Weltbild aufgenommen hatte. So wurden wir bald eine Sondergruppe am Rande des Katholizismus. Man konnte mich aber offiziell nicht ausgrenzen, weil ich eben doch ein praktizierender Katholik war - in ziemlicher Unbefangenheit.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Ihrer Übernahme sozialistisch-marxistischer Theorieelemente und Ihrer Kritik an der Katholischen Soziallehre?

Es ging um den Unterschied zwischen geschichtlichem und systematischem Denken. Meine Vorstellung ging dahin, Ziele und Prinzipien an die geschichtlichen Träger ihrer Realisierung zu binden. Hier sehe ich einen Unterschied zum Vorgehen der katholischen Soziallehre. Die Enzyklika „Rerum novarum“ von 1891 kritisiert Kapitalismus und Sozialismus und flüchtet sich in ein nostalgisches vorkapitalistisches Ideal. Die Frage, mit wem man dieses oder jenes Ziel realisieren kann, wird nicht gestellt. Wenn Leo XH[. sich dieser Frage ernsthaft gestellt hätte, dann hätte er sich sagen müssen, wir müssen versuchen in die Arbeiterbewegung hineinzugehen, mag sie auch noch so atheistisch sein. Die Beseitigung des Elends in den Industriegesellschaften ist ohne die Arbeiterbewegung nicht möglich. Aber auf diese Idee ist er nicht gekommen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es so etwas wie eine Renaissance von Religion und Kirche. Besonders erfolgreich behauptete sich die katholische Kirche. Worauf führen Sie den starken Einfluß der katholischen Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg zurück?

Eine entscheidende Ursache hierfür ist die Art und Weise, wie die katholische Kirche sich nach dem Zweiten Weltkrieg präsentieren konnte. Zwar hat die Mehrheit der Bischöfe im Nationalsozialismus versagt, aber die Kirche als Organisation hat doch manche Freiräume ermöglicht. Der wöchentliche

Gottesdienst war für uns eine geistliche Stunde ohne Nazismus in einer ganz anderen Sprache. Daraus ergab sich in der Öffentlichkeit ein gewisser Respekt gegenüber einer Organisation, die von den Nazis nicht gleichgeschaltet werden konnte. In der evangelischen Kirche war es anders; ihre Gläubigen haben sich, sonntags und überhaupt, auf die drei Richtungen verteilt: Deutsche Christen, Lutherisch-nationale und Bekennende Kirche. Hier waren die einzelnen Christen zu einer differenzierten Stellungnahme herausgefordert. Die katholische Kirche dagegen imponierte durch ihre starke Geschlossenheit. Die katholischen Bischöfe schafften es nach 1945, ihre Unterlassungen vergessen zu machen und sich als Retter der Nation zu präsentieren.

Gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit Kontakte zwischen Ihnen und einzelnen Vertretern des Episkopats?

Einer der Bischöfe, der seinen ersten Hirtenbrief vorbereitete, bat Kogon und mich 1945, ihn zu beraten. In dem Entwurf, den er uns vorlegte, sprach er sinngemäß von „unserer stolzen Wehrmacht“. Er war der Meinung, die bösen Nazis, die alles kaputtgemacht hatten, hätten sogar unseren schönen nationalen Krieg verdorben. Auf der Rückfahrt von der ersten Fuldaer Bischofskonferenz besuchte mich der Freiburger Erzbischof Groeber in meinem Büro im Landesarbeitsamt Frankfurt, um mich um Rat zu fragen. Not lehrt eben beten. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren wir, Kogon, der gerade aus dem KZ kam, und ich als Linker, wichtige Gesprächspartner. Als die Not vorbei war, wurden wir bald links hegengelassen.

Ging damit, daß sie unmittelbar nach Kriegsende von den unterschiedlichsten Leuten um Rat und Hilfe gebeten wurden, möglicherweise auch eine Überschätzung Ihrer gesellschaftlichen Möglichkeiten einher?

Durchaus!

Sie waren einmal Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholikentage. Welche Erinnerungen haben Sie daran?

Das war noch vor 1950. Wir hatten damals als linke Katholiken ein gewisses Renomee und man kapierte nicht, daß man mit uns rechnen müsse. Ich wurde ins Zentralkomitee nicht als Vertreter irgendeiner Gruppe, sondern als unabhängige Persönlichkeit berufen. Das war zu dieser Zeit noch möglich, als der Verbandskatholizismus noch nicht so stark das Zentralkomitee dominierte, wie es heute der Fall ist. Bei Katholikentagen wirkte ich nur zweimal aktiv mit. In Bochum, wo ich an der Mitbestimmungsresolution mitarbeitete, und dann später noch einmal in Hannover.

Entsprach die Formulierung der Bochumer Mitbestimmungsresolution, die Mitbestimmung sei göttliches Recht, Ihrem Verständnis vom Verhältnis Kirche und Welt?

Nein. Mir ging es in diesem Fall aber nicht primär darum, mein Weltbild zu

transportieren, sondern für die Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft einzutreten.

Welche Bedeutung hat für Sie der Gedanke der Solidarität in der Gewerkschaftsbewegung?

Diese Idee der Gewerkschaften hat mich besonders beeindruckt. Ich habe sie damals aber auch so verstanden, daß eine starke Gewerkschaft schwache unterstützen muß. Ein Beispiel: Wenn die bayerischen Landarbeiter streiken, dann müßte die IG Metall sie unterstützen.

Wie haben Sie das Verhältnis der katholischen Arbeiterschaft zur Einheitsgewerkschaft erlebt?

Ein Teil der katholischen Arbeiter stand der Einheitsgewerkschaft sehr skeptisch gegenüber, sie war ihnen nicht katholisch genug. Andererseits hat den meisten katholischen Arbeitern die Idee der Einheitsgewerkschaft eingeleuchtet. Nach meiner Vorstellung hätten diese auf den linken Flügel der Gewerkschaft gehört. Aber die Realität (der CDU) zeigte, daß sie auf dem äußersten rechten Flügel saßen. Ich habe zwar gewünscht, daß sich die Katholiken in der Einheitsgewerkschaft zu Wort melden und aktiv sind, aber ich war gegen jede Fraktionsbildung, die darauf hinauslief, konfessionelle Sonderinteressen zu realisieren. Es ging nicht an, daß sich die früheren Richtungsgewerkschaften als Fraktionen innerhalb des DGB wieder regenerierten. Immerhin hätte ich mir auch vorstellen können, daß eine Pluralität verschiedener Positionen in der Einheitsgewerkschaft auch ein mehr an Transparenz und Demokratie in der Gewerkschaft bedeutet hätte. Dagegen sprach aber der gewerkschaftliche Zentralismus.

Warum engagierten sich Ihrer Meinung nach so wenige Katholiken aktiv in der Einheitsgewerkschaft?

Die Leute, die bereits vor 1933 in den christlichen Gewerkschaften aktiv waren, und ein gewisses Profil hatten, wurden von Adenauer in wichtige Staatsstellungen eingesetzt, damit sie ihm nicht als linker Flügel in der CDU Schwierigkeiten machen konnten. Das war seine Personalpolitik.

Warum war das Engagement der katholischen Arbeiter auf den unteren und mittleren Ebenen der Gewerkschaft so gering? Gibt es so etwas wie eine katholische Mentalitätssperre, die einem katholischen Arbeiter die Mitwirkung in einem nichtkatholischen Verein erschwert?

Das ist wohl eine Erbschaft aus dem 19. Jahrhundert. Als sich nach dem 1848er Paulskirchenparlament die ersten „Katholiken-Vereine“ gebildet hatten, haben die deutschen Katholiken ein größeres Netz von Organisationen der verschiedenen Bereiche aufgebaut. Der Kulturkampf hat diese Tendenz verstärkt; sie herrscht auch in der Weimarer Zeit vor. Es war am Anfang unseres Jahrhunderts schon eine Streitfrage, ob die katholischen Arbeiter weiterhin in

den „Arbeitervereinen“ organisiert sein oder sich an der christlichen Gewerkschaft beteiligen sollten. Die Bindung an das römische Papsttum, die von den Liberalen als „Ultramontanismus“ diffamiert wurde, spielte für die Entwicklung eine große Rolle.

Setzen Sie damals Hoffnungen auf die CDA als Bündnispartner?

Ich sah die CDA in einer vorzüglichen strategischen Lage: Sie war in der Einheitsgewerkschaft und in der CDU verankert. Diese doppelte Verankerung hätte sie stärker nutzen können. Das hat sie nie geschafft.

Warum hat die CDA diese Hoffnungen nicht erfüllt?

Für die Bundestagsabgeordneten, die sich zur CDA zusammengeschlossen hatten, dominierte die Bindung an die CDU, die sich ihrerseits von dem „gottgesandten“ Kanzler Konrad Adenauer führen ließ. Da hatte das Engagement im DGB eine weit geringere Bedeutung. Die Abgeordneten waren den Gewerkschaften gegenüber loyal, aber nicht viel mehr. Hinzu kam, daß sie sich im DGB nicht auf eine Fraktion stützen konnten.

1961 haben Sie eines der Hauptreferate auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag in Berlin gehalten. Das war ja sicher nicht selbstverständlich, daß ein linkskatholischer Journalist mit einer so dezidierten politischen Auffassung solch eine Möglichkeit erhielt.

Mein Vortrag in Berlin war eine Antwort auf die Frage nach den Aufgaben der Gewerkschaft in dieser Gesellschaft. Ich habe mein Referat als kritischen Beitrag verstanden, der sich gegen die politische Enthaltensamkeit der Gewerkschaften aussprach. Das Spektrum der gewerkschaftlichen Aufgaben geht nach meinem Verständnis vom Tarifkonflikt bis zum Beispiel zur Stellungnahme zum Atomkrieg. Die Grundvorstellung, die dahinter steckt: Die Gewerkschaft muß die Interessen der Arbeiterschaft im ganzen im Blick haben und darf nicht nur ihre Tarifinteressen vertreten. Deshalb muß es einer Gewerkschaft erlaubt sein, von sich aus zu Existenzfragen der Gesellschaft Stellung zu nehmen. Ich ging von der Annahme aus, daß die Interessen der Bevölkerung und die Interessen der Arbeiterschaft relativ identisch sind. Daher mußte es die Aufgabe der Arbeiterbewegung sein, schon jetzt vorwegnehmend zu handeln, als Träger einer künftigen Gesellschaft. Die Entwicklung des Bewußtseins für diese neue Gesellschaft, der klassenlosen Gesellschaft, war notwendig. Auf dem Weg dorthin konnten wir nicht vor dem Status quo des parlamentarischen Systems kapitulieren.

Welche Bedingungen innerhalb der Einheitsgewerkschaft hätten Ihrer Meinung nach erfüllt werden müssen, um diese Aufgabe wahrzunehmen?

Nun, erst einmal hätten dazu die Gewerkschaften diese Aufgabe erkennen und die sozialistische Perspektive auch wollen müssen.

Wäre für die Wahrnehmung eines politischen Mandats durch die Gewerkschaften nicht auch eine größere Distanz zu den politischen Parteien notwendig gewesen?

So wie die Nähe von katholischer Kirche und CDU ein Faktum war, habe ich auch die Nähe des DGB zur SPD immer akzeptiert. Das Verhältnis von SPD und DGB habe ich nicht als Identität und wechselseitige Abhängigkeit gewünscht und verstanden, sondern eben als Nähe. Durch die Zusammenarbeit mit der SPD gab es die Möglichkeit, auf parlamentarische Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Darüber hinaus ist es aber genauso wichtig bewußtseinsverändernde Prozesse zu initiieren. Vor allem wäre es wünschenswert gewesen, daß die Arbeiterschaft in produktiver Weise unzufrieden blieb. Wir hatten die Sorge, daß viele deutsche Arbeiter sich zu früh mit dem Volkswagen und dem Acht-Stunden-Tag zufriedengeben.

Wie haben Sie das Verhältnis von Intellektuellen und Gewerkschaften in den fünfziger Jahren erlebt?

Symbolische Gestalt gewann dieses Verhältnis in den fünfziger Jahren insbesondere im Rahmen der von den Gewerkschaften veranstalteten Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Meist haben Kogon und ich mitgewirkt. Nach dem Krieg, als Energiemangel herrschte, legten die Kumpel im Ruhrgebiet eine Sonderschicht ein, um das Thalia-Theater in Hamburg beheizen zu können. Im Gegenzug verpflichtete sich das Theater, alljährlich Darbietungen in Recklinghausen zu spielen: „Kunst gegen Kohle“. Als die Ruhrfestspiele 10 Jahre alt wurden, war ich ihr Chronist. Das Europäische Gespräch war der intellektuelle Diskurs im Rahmen der Ruhrfestspiele. Das Europäische Gespräch und die Ruhrfestspiele blieben ein Versuch, die Intellektuellen mit den kämpfenden Arbeitern zusammenzubringen. Da wir dies für notwendig hielten, haben wir mit einiger Energie dort mitgemacht. Wir mußten aber später feststellen, daß unsere Hoffnungen sich nicht erfüllten. Das fehlende Verständnis der Gewerkschaften für die Notwendigkeit des Dialogs wurde später einmal deutlich in einem Gespräch, das Kogon mit Loderer führte. Sie kamen auf das Thema Intellektuelle und Gewerkschaften zu sprechen. Während Kogon klagte und schimpfte, sagte Loderer etwa: „Ich weiß nicht, was sie wollen. Wir haben in unserem Stab hier doch acht Akademiker“. Er hatte also noch nicht einmal den Unterschied zwischen Akademikern und Intellektuellen kapiert.

Kommen wir wieder auf die Bedeutung der Einheitsgewerkschaft für das katholische Milieu zurück. Hat die Einheitsgewerkschaft Ihrer Meinung nach dazu beigetragen, daß die Auflösung des katholischen Milieus beschleunigt wurde? Welche Rolle hat diese Angst für den Episkopat und den Klerus in Ihrem Verhalten zur Einheitsgewerkschaft gespielt?

Da gab es zunächst den Unterschied zwischen offenem und geschlossenem Katholizismus. Die Bischöfe unterstützten in der Nachkriegszeit durchweg den

geschlossenen Katholizismus, zu dem sie ja selber gehörten; damit war eine Einheitsgewerkschaft nicht zu vereinbaren. Ihrer Meinung nach wurden die guten Katholiken verführt, in zu große Nähe zu den Sozialisten zu kommen.

Sie haben als Intellektueller für einen offenen Katholizismus gekämpft. Wer waren die intellektuellen Gegenspieler, die das geschlossene System verteidigten?

Unser wichtigster Gegenspieler war Bernhard Hansler. Er war wohl derjenige, der den geschlossenen Katholizismus nach 1945 programmatisch und intellektuell konzipiert hat. Einer seiner typischen Sätze lautete: „Was nicht organisiert ist, ist gesellschaftlich nicht existent“. Seiner Ansicht nach konnte der Katholizismus vermittelt werden durch entsprechende Organisationen: das Zentralkomitee zum Beispiel.

Welche Erfahrungen machten Sie mit Ihren Gegenspielern?

Sprachrohr des geschlossenen Katholizismus war lange der „Rheinische Merkur“. Wir dachten 1945/46, unsere Ideen seien als Gebot der Stunde selbstverständlich. Nachdem wir die ersten Nummern der „Frankfurter Hefte“ herausgegeben hatten, besuchte mich ein Student älteren Semesters aus Heidelberg. Mit derselben Selbstverständlichkeit, wie wir unsere Hoffnung auf einen Neuanfang setzten, vertrat er die Idee eines geschlossenen Katholizismus. Das war Otto Roegele, der spätere Chef des „Rheinischen Merkur“. Er war im persönlichen Umgang ein ganz angenehmer Mann, aber als die Differenzen zu groß wurden, hatte der Dialog keinen Sinn mehr.

Bedeutete dies, daß Sie zu den Vertretern der Amtskirche keine Kontakte wahrnehmen?

Nein. Durch unsere Kontakte zur Kommende kamen wir zum Beispiel mit dem späteren Ruhrbischof Hengsbach zusammen. Er ist ja nicht gerade ein Progressiver. Aber in der Bergarbeiterseelsorge engagierte er sich sehr. Ein etwas engerer und persönlicherer Kontakt bestand zu den Limburger Bischöfen Dierichs und Kempf, die ich beide bereits in der Zeit der Rhein-Mainischen Volkszeitung kennenlernte. Kempf stand mir in den fünfziger Jahren bei, als Rom mein Buch „Die Antwort der Mönche“ auf den Index setzen wollte.

Lassen Sie uns noch einmal abschließend auf das Verhältnis von Sozialem Katholizismus und Gewerkschaften zurückkommen. Welche Konsequenzen hatte Ihrer Meinung nach die Gründung der christlichen Gewerkschaften für den Sozialen Katholizismus?

Keine großen; die Gründung der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist ja zum Glück recht bedeutungslos geblieben.

Georg Lukacs vertrat einmal die Auffassung, daß die Zukunft von selbst komme, der Fortschritt jedoch nicht. Sehen Sie trotz ökologischer Krise die

Möglichkeit, daß die Gewerkschaften in Zukunft Träger des Fortschritts werden?

Ich bin da durchaus nicht pessimistisch, kann aber auch nicht besonders optimistisch sein: Ich setze darauf, daß die Gewerkschaften sich den drohenden Katastrophen und der Katastrophe des Weiterwursteins stellen. Das ist meine Hoffnung.